

5 x 10 Jahre Geschichte und Stadtgeschichte

50 Jahre Weeber+Partner



WEBER+PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Stuttgart/Berlin 2019

5 x 10 Jahre Geschichte und Stadtgeschichte

50 Jahre Weeber+Partner

September 2019

Weeber+Partner, Doro Baumann, Rotraut Weeber, Hannes Weeber

anlässlich des 50. Jubiläums von Weeber+Partner

WEBER+PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Mühlrain 9 70180 Stuttgart, Tel. 0711 62009360
wpstuttgart@weeberpartner.de
Emser Straße 18 10719 Berlin, Tel. 030 8616424
wpberlin@weeberpartner.de
www.weeberpartner.de

1969 – 1979

Aufbruch – Abbruch – Umbruch

1969 wird etwas Unglaubliches Wirklichkeit. Menschen betreten den Mond, hinterlassen Fußabdrücke und eine Fahne. Die auf der Erde Zurückgebliebenen verfolgen das Ereignis gebannt auf den Fernsehbildschirmen. Was die Welt vor allem als technischen Fortschritt feiert, ist aber wegweisend auch als Pionierleistung für die Bündelung von enorm viel Kreativität, Wissen und Können. Im kalten Krieg ist die Mondlandung auch ein Punktgewinn für Amerika und die westliche Welt.

Es herrscht nicht ungebrochener Optimismus. 1968 hat sich der Club of Rome gegründet, 1972 veröffentlicht er die Studie "Grenzen des Wachstums" und ihre Warnungen finden viel Resonanz. 1973 ist das Jahr der ersten Ölkrise. Die fossilen Ressourcen gelten als endlich, weitere Vorkommen sind noch nicht bekannt. 1976 wird das Energieeinsparungsgesetz verabschiedet - die Verordnungen 1977/1978 spezifizieren, welche Anforderungen Gebäude beim Wärmeschutz und Heizen künftig erfüllen müssen. 1979 findet, von der Öffentlichkeit noch wenig beachtet, die erste Weltklimakonferenz der UNO statt.

An den deutschen Universitäten rumort es, seit 1968 begehren die Studenten gegen verkrustete Strukturen auf. Sie hinterfragen Autoritäten und Institutionen, wenden sich alten und neuen revolutionären Ideen zu, ächten den Krieg der USA in Vietnam und die Politik der NATO-Länder. Nicht nur Herrschaftsformen und Wirtschaftsweisen werden einer fundamentalen Kritik unterzogen, auch das Privatleben soll antiautoritärer, emanzipativer werden, alternative Lebensformen werden erprobt - die Bilder aus den Kommunen faszinieren bis heute. Die Frauenbewegung zur Änderung der Geschlechterrollen und Lebensweisen (vor allem im Westen) bekommt endlich wieder neuen Schub. Erst 1977 wird eine Berufstätigkeit der Frau ohne Zustimmung des Mannes möglich, 1994 wird der §175 abgeschafft, 2017 gibt es die MeToo Debatte über sexuelle Belästigungen und Missbrauch - mit massenhaft verbreiteten Tweets.

Mit dem Frankfurter Häuserkampf nimmt zum Beginn der 70er Jahre die deutsche Hausbesetzerbewegung ihren Anfang, einer der Wortführer ist Joschka Fischer. Mit der RAF entsteht eine Terrororganisation, die den Staat und das Establishment mit über 30 Morden bekämpfen wird.

In der Stadtplanung ist es seit langem Programm, den Missständen und der Enge der gebauten Stadt durch Sanierungen zu begegnen, ebenso ist der Bau von Siedlungen und großen Wohnanlagen an Stadträndern in den 70ern noch in vollem Gang. Stark geprägt sind die Planungen durch das Auto, denn die private Motorisierung wächst und wächst, politisch wie gesellschaftlich unangefochten und ungebremst. Als prägend gilt auch die Charta von Athen, 1933 kollektiv vom CIAM entwickelt und 1941 redigiert von Le Corbusier veröffentlicht. Diese programmatischen Ansätze sind für den Wohnungsbau und Städtebau für die Nachkriegszeit Konsens geworden und auch in das Bau- und Planungsrecht eingegangen.

Mit dem erhaltenen Bestand der Altstädte geht man in den 70ern nicht zimperlich um, ersetzt ihn durch Neubau nach modernen Maßstäben und schafft nicht zuletzt

Platz für den Verkehr. Nach den Jahren des Babybooms, der Zuwanderung von Aussiedlern und dem Wirtschaftswunder war der Wohnungsbedarf sehr groß. Mit einer umfangreichen sozialen Wohnraumförderung sowie den Trabantensiedlungen am Rand der Stadt konnten breite Bevölkerungsschichten mit Wohnungen versorgt werden.

In der städtebaulichen Literatur und ihrer Rezeption deutet sich nun ein wichtiger Wandel an. Alexander Mitscherlich prangert die Unwirtlichkeit der Städte an und streicht den Zusammenhang zwischen psychischem Befinden und gebauter Umwelt heraus. Hans Paul Bahrdt klärt, gestützt auch auf Max Weber, in *Die moderne Großstadt*, was Urbanität für unsere Zeit und Gesellschaft bedeutet. Wolf Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer konfrontieren in ihrem Band *Die gemordete Stadt* die Monofunktionalität und Einförmigkeit von Städtebau und Architektur mit differenzierten und lebendigen Gestaltungen aus anderen Zeiten. Was schon 1961 Jane Jacobs mit *Tod und Leben großer amerikanischer Städte* ins Bewusstsein einschlägiger Akteure rücken will – die Vorzüge gemischter, gewachsener Strukturen für das soziale Leben – gehört endlich zum Grundwissen in der Fachwelt.

Die Notwendigkeit, Soziales und Stadträumliches im Zusammenhang zu sehen, führt zur Wiederbelebung der Gemeinwesenarbeit ab Mitte der 60er Jahre. Deren Tradition reicht in Deutschland bis Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, bricht aber ab 1933 ab, auch weil sich insbesondere die kommunistische Partei in der Stadtteilarbeit engagiert hatte. Nun sind es erst die Kirchen und andere freie Träger, dann zunehmend auch Kommunen, die den Faden wieder aufnehmen, z.B. in Neubaugebieten oder bei Sanierungsvorhaben. Der Einfluss des Quartiers auf die Lebenssituation rückt in den Fokus und ein auskömmliches Zusammenleben gilt nicht mehr als Selbstläufer, sondern soll gezielt gefördert werden.

Als 1971 das Städtebauförderungsgesetz erlassen wird, stehen Kahlschlagsanierungen und die Entwicklung monofunktionaler Quartiere am Stadtrand zwar weiterhin auf der Tagesordnung, stoßen aber auch zunehmend in Fachwelt und Öffentlichkeit auf Widerstand. Die Notwendigkeit differenzierterer Ansätze wird weithin anerkannt.

1975 ist das europäische Denkmalschutzjahr. Die alte Stadt, die Disparates zu einer Einheit zusammenschließt, erscheint nunmehr in neuem Licht. Sie ist das Gegenbild zum Funktionalismus, der mit seinen Spezialisierungen die Stadt und den Alltag der Menschen zerpfückt. Wenn sich Unterschiedliches räumlich nahekommt, wird die Komplexität der Wirklichkeit erfahrbar, anders als in der einer Funktion gewidmeten und oftmals durch eine einförmige Architektur charakterisierten Zone, die z.B. als Schlafstadt erlebt wird oder als einseitig kommerzialisiert wie die Fußgängerzone.

Damit hängt auch zusammen, in welchen Rollen man auftritt und anderen begegnet – tritt man nur als Arbeitskraft und Konsument in Erscheinung oder kann man sich in der öffentlichen Sphäre als Teil der polis fühlen? Mit dem Verhältnis der Bewohner zu ihrer Stadt steht auch deren Einfluss auf die Stadtentwicklung zur Debatte. Es geht auch um Gestaltungsmacht, die nicht allein den Spezialisten zukommen soll. Wie können die, die das städtische Leben tragen, über dessen Rah-

menbedingungen mitbestimmen? Kommunikation soll ein Element der Planung werden. Das Städtebauförderungsgesetz verlangt nun, dass den 'Betroffenen' (insbesondere Eigentümern, Mietern, Pächtern) Gelegenheit zu geben ist, bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen mitzuwirken. Kommunen werden in die Pflicht genommen, das Gespräch mit den Bürgern zu suchen oder es zumindest anzubieten. Partizipative Methoden werden erprobt.

1979 – 1989

Risiken – Strukturwandel – Wendepunkte

"Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann" – so der Titel eines Buches des Historikers Frank Bösch. 1979 häuften sich globale Ereignisse: So gewann der islamische Fundamentalismus durch die Revolution im Iran eine neue Bedeutung. In Afghanistan stärkte der sowjetische Einmarsch nachhaltig den radikalen Islam. In Polen forderten Millionen von Menschen den Sozialismus heraus, als Papst Johannes Paul II sein Heimatland besuchte. Zugleich gewann die ökonomische Globalisierung an Fahrt: Das kommunistische China öffnete sich für den Kapitalismus und lockte internationale Firmen an. In Großbritannien leitete die frisch gewählte Margaret Thatcher neoliberale Reformen ein, die in vielen Ländern zum Vor- und später zum Schreckbild wurden. Parallel dazu kam das ökologische Denken in Deutschland auf, die "Grünen" wurden gegründet. Erstmals nimmt die Bundesrepublik außereuropäische Flüchtlinge auf: die "Boat People" aus Vietnam.

In Westdeutschland hat die Friedensbewegung nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979 einen starken Zulauf. Die Angst vor dem Atomkrieg ist allgegenwärtig. 1979 kommt es zu einer partiellen Kernschmelze in einem AKW nahe Harrisburg in den USA, 1986 in Tschernobyl zur Reaktorkatastrophe. Mehr Menschen engagieren sich gegen Atomenergie. Das Buch Die Risikogesellschaft von Ulrich Beck macht die wissenschaftlich-technische Produktion von Risiken und deren Verarbeitung zum Thema. Beleuchtet wird auch die Gefahr des Scheiterns im Rahmen der individualisierten Biografie. Lebenswege sind durch traditionelle Verhaltensmuster weniger beschränkt, diese Freisetzung geht mit einem Verlust an Verhaltenssicherheit und Abpufferung einher. Das Bewusstsein von (auch selbstverursachten) Risiken wächst, aber nicht unbedingt die Risikobereitschaft. Die Bundesbürger investieren 1980 ca. 4,5 % des Bruttoinlandprodukts in Beiträge zu privaten Versicherungen, 2018 schon knapp 6%. Immer mehr Rechtsnormen zielen darauf ab, Gefahren zu minimieren. Die Regelungsdichte sichert Standards, beschneidet aber auch Spielräume.

1982 stürzt Helmut Schmidt, Helmut Kohl wird neuer Bundeskanzler in einer Koalition aus CDU/ CSU und FDP. 1983 ziehen die Grünen erstmals in den Bundestag ein. 1985 wird Joschka Fischer in Hessen zum Minister ernannt. Der Tabubruch – die Vereidigung in weißen Turnschuhen – bleibt unvergessen.

Automatisierung und Deindustrialisierung schreiten voran. Frühere Schlüsselindustrien wie Kohle, Stahl, Schiffsbau büßen weiter an Gewicht ein, Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt und somit in manchen Regionen besonders hoch. Der Anteil

der Beschäftigten im Dienstleistungssektor wächst dagegen stetig und liegt 1989 schon bei knapp 60 Prozent, 2018 macht er drei Viertel der Arbeitsplätze aus. Auch die Zahl derjenigen, die eine akademische Ausbildung aufnehmen, wächst weiter.

Im Einzelhandel konzentrieren sich die Marktanteile immer stärker auf wenige Firmen und deren Filialen. Verlierer ist der eigenständige Fachhandel. Das Prinzip der Selbstbedienung ist inzwischen weitgehend durchgesetzt. Discounter locken mit billiger Ware, die Stile und Moden vervielfältigen sich, Qualitätsstandards gehen unter. Das Rundfunksystem wird dual, die Öffentlich-Rechtlichen bekommen Konkurrenz. 1984 nehmen private Fernsehsender die Arbeit auf, Spielfilme werden durch Werbeblöcke zerstückelt.

Die Jugendkultur pflegt Hedonismus und Fatalismus – man genießt den Augenblick und sieht der Zukunft eher hilflos und skeptisch entgegen. Immer mehr erscheint die Gesellschaft als unübersichtlich und fluktuierend – weder ist sie in einer breiten Mittelschicht nivelliert (wie Schelsky 1953 die Deutsche Nachkriegsgesellschaft charakterisiert) noch in klar voneinander abgegrenzte Klassen gespalten. Differenziert werden nun ihre sozialen Milieus, Gruppen mit ähnlichen Mentalitäten, Werten, Verhaltensstilen. Die Unterscheidung von Subkulturen ergänzt die Wahrnehmung von ökonomischer Ungleichheit. Wie Bourdieu zeigt, sind ökonomische und soziokulturelle Differenzen aber auch miteinander verknüpft: ökonomisches, soziales, kulturelles, symbolisches Kapital variiert nicht unabhängig voneinander.

1979 starten die Vorbereitungen für die zweite Internationale Bauausstellung in Berlin. Sie begreift Stadtentwicklung ausdrücklich nicht als den Ersatz von alten Bauten und Bauweisen durch moderne und setzt mit den Leitbildern der behutsamen Stadterneuerung (IBA Altbau in Kreuzberg) und der kritischen Rekonstruktion (IBA Neubau in Friedrichstadt, Tegel, Tiergarten) Maßstäbe. Die Stadt soll nicht länger neu erfunden werden, sondern es gilt Qualitäten wiederzuentdecken und neu in Wert zu setzen. Ökologisches Bauen, neue Wohnformen, kluge Umnutzung werden auf die Agenda gesetzt.

Bürgerbeteiligung wird politischer. Man versucht verstärkt, diejenigen einzubeziehen, die in der Öffentlichkeit wenig Gehör finden, um mit der Planung auch den Bedürfnissen weniger durchsetzungsstarker Gruppen (wie Jugendliche, alte Menschen, Migranten) gerecht zu werden. Das Städtebauförderungsgesetz wird 1987 in das Baugesetzbuch integriert. Beteiligung wird dort auch als Aktivierung verstanden: eine Sanierung oder Entwicklungsmaßnahme ist mit den Betroffenen frühzeitig zu erörtern und diese sind zur Mitwirkung anzuregen.

Nicht nur in Architektur und Städtebau, wenn auch am sichtbarsten hier, wird eine neue Strömung sichtbar, die Postmoderne. Frank Bösch: Das Aufkommen des Begriffs der Postmoderne markiert, dass es bereits [1979] ein Bewusstsein dafür gab, dass eine neue Zeit beginnt. Die alte Moderne mit ihrem ganzen Zukunftsoptimismus ging zu Ende. Die Postmoderne wird oft umschrieben als Wahrnehmung von Gleichzeitigkeit, einer neuen Vielfalt ohne lineare Entwicklungen. Statt der großen Erzählung der Moderne wird ein Nebeneinanderstehen der Erzählungen betont.

Postmoderne Planung geht mit ihrem Material spielerischer um. 1984 eröffnet der

Stirling-Bau der Stuttgarter Staatsgalerie. Der Rückgriff auf frühere Stile und Wesensfremdes, wie ihn die Postmoderne praktiziert, ist weder ehrfurchtsvoll noch bilderstürmerisch – erlaubt ist, was gefällt. Man bedient sich frei aus jedem Repertoire, setzt die Elemente neu zusammen, erfindet dazu.

Die räumliche Planung löst sich langsam etwas vom starren Gefüge der großen, als rechtsverbindlich angelegten Pläne, von der Landes- über die Regional- und Flächennutzungs- bis zur Bebauungsplanung. Sie richtet die Aufmerksamkeit mehr auf die Möglichkeiten, die in einzelnen Projekten stecken. 1989 nimmt die IBA Emseher Park die Arbeit auf, die gemäß dem Prinzip des perspektivischen Inkrementalismus vorführt, wie Einzelvorhaben, in eine übergeordnete Strategie eingebettet, zum Motor von Entwicklungen werden können.

"Textverarbeitung" dann "elektronische Datenverarbeitung" läuten ein Zeitalter der alles durchdringenden "IT ..." ein. Das Usenet – Vorläufer des Internets – entsteht 1979, die Daten werden über gewöhnliche Telefonleitungen übertragen. 1989 gibt es bereits 100.000 Hosts im World Wide Web, erste deutsche Internetanschlüsse werden in Betrieb genommen.

1989 – 1999

Am Ende der Geschichte? Die Vielzahl der Geschichten!

1989 ist das Jahr der friedlichen Revolution in Ostdeutschland. Im November fällt die Mauer, nachdem der Druck auf das Regime durch Demonstrationen und Ausreisen über die Nachbarländer sich verstärkt hat. Auf beiden Seiten reagieren die Menschen euphorisch und fast ungläubig auf die dramatischen Ereignisse. Berlin wird wochenlang zum Festplatz und Ausflugsziel für beide Seiten.

Am 3.10.1990 ist Deutschland wiedervereinigt durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Aber die Kräfte sind sehr ungleich verteilt. Der Westen beginnt den Osten gewissermaßen zu überwältigen mit der Potenz seiner Wirtschaft und seiner Institutionen. Helmut Kohl verspricht den neuen Ländern blühende Landschaften. Inmitten der Begeisterung und neuen Offenheit wird eine vor allem materialistische und technokratische Politik betrieben. In den neuen Ländern erlebt man die Abwicklung von Strukturen und die Entwertung von Erreichtem. Die von der Treuhand (gegründet 1990 noch von der DDR-Regierung) privatisierten oder stillgelegten Betriebe bieten 1990 noch 4,1 Millionen Menschen Arbeit. Als Ende 1994 die Treuhand aufgelöst wird, sind in den verbliebenen nun privatwirtschaftlichen oder kommunalen Unternehmen noch 1,5 Millionen Arbeitsplätze übrig. Das erste Jahrzehnt nach der "Wende" bringt für die Menschen aus der ehemaligen DDR enorme Herausforderungen mit sich, nicht nur in allen ihren Rollen und Funktionen, auch bei der Verarbeitung der Lebensgeschichten.

Mit dem Umzug der Regierung wird Deutschland zur Berliner Republik. In der Stadtentwicklung stellen sich die verschiedensten Aufgaben gleichzeitig: Viele Städte der neuen Länder haben historische Stadtkerne und Bauten mit hohem kulturellem Wert, die aber zumeist in sehr schlechten Zustand sind. Bereits zum Jahreswechsel 89/90 starten DDR und Bundesrepublik ein Modellstadtprogramm, in

dem ausgewählten Städten Soforthilfe gewährt wird. 1991 wird das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz aufgelegt, das bis heute besteht und seit 2009 auf die alten Länder ausgedehnt ist. Andere Programme sind auf die Weiterentwicklung von Plattenbausiedlungen und Neubauvorhaben ausgerichtet. Die soziale Infrastruktur und der Handel werden neu strukturiert.

Lange Zeit hat der Ost-West-Konflikt das Weltverständnis dominiert. Ist dieser nun ausgestanden? Ist man, wie Francis Fukuyama 1989 behauptet, am Ende der Geschichte, da sich nun Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft weltweit durchsetzen? Oder bilden sich in einer polyzentrischen Welt neue Allianzen, Konkurrenzen und Feindseligkeiten aus? 1996 stellt Samuel P. Huntington die These vom Clash of Civilizations and the Remaking of World Order auf. Der zufolge entschärfen sich die Konflikte nicht, aber sie verlagern sich von denen zwischen Anhängern unterschiedlicher Ideologien auf die zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturkreise – zu ergänzen: Religionen.

Jugoslawien zerfällt, vor dem Bürgerkrieg flüchten viele nach Deutschland. 1995 greift die Nato militärisch ein, ebenso 1999, nunmehr mit aktiver deutscher Beteiligung. Der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr hat in der Bevölkerung überzeugte Fürsprecher wie entschiedene Gegner. Wer kennt die Wahrheit? Über die Rolle und Macht der Medien und die Täuschungsmöglichkeiten durch Bilder wird anhaltend diskutiert. Mit der raschen Verbreitung des Internet vereinfachen sich Kommunikation und der Zugriff auf Informationen massiv. Der Horizont wird weiter. Die Mediennutzung differenziert sich immer weiter aus. Die soziale Realität stellt sich als Mosaik der Wirklichkeiten dar.

Ende der 1980er Jahre bis 1996 gibt es viel Zuzug aus dem Ausland. 1992 sind es 1,5 Millionen Menschen, ein Höchststand, der erst seit 2015 wieder überschritten wird. Damals waren es Spätaussiedler, Kriegsflüchtlinge sowie Asylsuchende und Familiennachzüge türkischer und anderer Arbeitsmigranten, nach der Osterweiterung der EU kommt nun die Mehrzahl aus Rumänien, Polen und Bulgarien. Die Debatte, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird intensiv geführt. Die Aufgaben und Konflikte um die Integration vieler Zugewanderten rücken verstärkt in das Blickfeld von Kommunalpolitik, Stadtplanung und Wohnungswirtschaft. 1999 erscheint der erste Migrationsbericht im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen.

1998 ist Bundestagswahl, die SPD und die Grünen können die neue Regierung bilden.

Verschlinkung ist das Zauberwort – es soll lean produziert und gemanagt werden. Auch der Staat wird auf Diät gesetzt und soll sich effizient um sein Kerngeschäft kümmern. Privatisiert werden 1995 die Deutsche Post und die Deutsche Telekom. 1999 steigen in Berlin private Investoren in die Wasserversorgung ein. Bund, Länder und Kommunen verkaufen Wohnungsbestände. Gleichzeitig fallen mehr Wohnungen aus der Preis- und Belegungsbindung als neue Sozialwohnungen dazukommen. Die Wohnraumversorgung spielt sich in wachsendem Maß auf dem freien Markt ab. Die Verdrängung angestammter Bewohner aus den aufgewerteten Lagen wird in vielen Städten zum Problem und Gegenstand von Auseinandersetzungen.

Dass sich der Staat aus Bereichen der Daseinsvorsorge zurückzieht und sich auf den Markt verlässt, brandmarken die Gegner als ‚neoliberal‘ und fordern mehr Rücksicht auf soziale Belange. Organisationsformen, die neben Staat und Markt Güter und Dienste bereitstellen und Interessen bündeln (wie Genossenschaften), ziehen wachsende Aufmerksamkeit auf sich.

Die Potenziale der Zivilgesellschaft werden beschworen, auch unter dem Eindruck der breiten sozialen Bewegung in Ostdeutschland und Osteuropa, die dort schließlich zum Umbruch geführt hat. Robert Putnam zeigt andererseits in seinem Aufsatz *Bowling alone* von 1995 auf, wie das soziale Kapital (Netzwerke, Normen, Vertrauen, die Grundlagen für Koordination und Kooperation) abnimmt, weil sich immer weniger Menschen in herkömmlichen Organisationen engagieren.

1992 verständigt man sich bei der UNO-Konferenz in Rio de Janeiro auf das Ziel der Nachhaltigkeit und die Agenda 21. Auf lokaler Ebene wird diese in jeweils eigenen Handlungsprogrammen umgesetzt unter dem Motto *global denken – lokal handeln*. Hier sollen Verwaltungen, Bürger, Gruppen, Vereine, Verbände, Initiativen, Wirtschaft zusammenarbeiten. Als wesentlich für eine räumlich nachhaltige Stadtentwicklung gelten Dichte, Mischung und Polyzentralität. Mit Flächen soll sparsam umgegangen werden. In der Praxis sind aber die Gegenkräfte weiterhin am Werk: Der Trend zum suburbanen Einfamilienhaus, die Missachtung von Entwicklungsachsen und zentralen Orten, die Subvention des Pendelns zum Arbeitsplatz. Der Handel ist auf großen Flächen rentabler und sucht sich Standorte außerhalb der integrierten Lagen.

1997 lenkt Thomas Sieverts mit seinem Buch *Zwischenstadt* die Diskussion auf die Realität im Umfeld der kompakten urbanen Strukturen. Der Bestand ist großenteils nur ein paar Jahrzehnte alt – es gibt etwa doppelt so viele Gebäude mit Wohnnutzung aus den 50er bis 80er Jahren wie aus der Zeit davor. Schon stellen auch sie eine Aufgabe für die kontinuierliche Stadterneuerung dar. Die Investitionen in den Bestand liegen Mitte der 90er Jahre noch etwa gleichauf mit den Investitionen in den Neubau – und überflügeln den Neubau in späteren Jahren deutlich. Heute entfallen zwei Drittel bis drei Viertel der Wohnungsbauleistungen auf den Bestand.

1999 – 2009

Die Welt wird Stadt – die Stadt wird Welt – integrierte Planungsprozesse

1999 erschüttert die CDU eine Spendenaffäre, 2000 übernimmt Angela Merkel den Parteivorsitz. 2005 stellt Kanzler Gerhard Schröder die Vertrauensfrage. Die Wahlen führen zu einer Koalition aus CDU und SPD.

Am 11.09.2001 ereignet sich der Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon. Im Oktober beginnt die Operation *Enduring Freedom* in Afghanistan. 2003 führen die USA, Großbritannien und Verbündete Krieg gegen den Irak, Saddam Hussein wird gestürzt, das Land bis 2011 besetzt.

Ab 2007 erfasst die Finanzkrise die Wirtschaft. Der Hypothekenmarkt in den USA bricht zusammen, zahlreiche Banken kommen in Bedrängnis, werden gestützt oder

sind, wie im Falle der Lehmann Brothers, insolvent, die Konjunktur bricht ein, Staatsfinanzen geraten in Turbulenzen.

Menschen, Informationen, Waren zirkulieren um den Globus. Die Gefahr durch den Terror und die Auswirkungen der Finanzkrise machen einmal mehr deutlich, dass kein Ort der Welt isoliert zu sehen ist. Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen erscheinen aber schwer durchschaubar. Man steht in Abhängigkeit von Kräften, denen kein Gesicht, keine Adresse zuzuordnen ist. Man kommuniziert im virtuellen Raum und nutzt dafür die Angebote weltweit agierender Konzerne, wird in den Börsennachrichten über das Verhalten anonymer Anleger und nervöser Märkte auf dem Laufenden gehalten, weiß um die Existenz von Gefährdern, die mit Anschlägen auch in deutschen Städten drohen. Das Bedürfnis nach Sicherheit wächst. Dass diesem durch mehr Überwachung, oftmals unter Zuhilfenahme neuer Technologien, Rechnung getragen wird, schürt neue Ängste, nun vor übermäßiger Kontrolle.

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt 2005 in Städten, Tendenz steigend. In Europa liegt der Anteil sogar bei fast drei Vierteln. Häufig wird nun von einer Renaissance der Städte gesprochen. Die großen Zentren gewinnen an Einwohnern. Wanderungsüberschüsse verbuchen sie bei den jüngeren Erwachsenen, die für Studium oder Ausbildung und für den Einstieg ins Berufsleben den Wohnort wechseln. Nicht alle von ihnen bleiben auf Dauer, nach wie vor wandern Haushalte – oftmals Familien – ins Umland ab. Die Großstädte sind bevorzugtes Ziel für Zuzüge aus dem Ausland.

Seit 1972 liegt in Deutschland die Sterberate über der Geburtenrate. Die Babyboomer, die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre, werden in absehbarer Zeit das Rentenalter erreichen. Der demografische Wandel bahnt sich an. Er rückt nicht nur die Gruppe der Älteren, für die die Stadt ertüchtigt werden muss, in den Fokus. Familien mit Kindern werden knapp und zu einer wichtigen Zielgruppe kommunaler Politik.

Nach einer durch den GDW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen angestoßenen Debatte über überforderte Nachbarschaften – so der Titel der Veröffentlichung von zwei sozialwissenschaftlichen Studien – startet der Bund 1999 das Programm Soziale Stadt. Ziel ist die Aufwertung und soziale Stabilisierung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Neu und wegweisend ist der ressortübergreifende Ansatz für eine umfassende Verbesserung der Lebensqualität und eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung in diesen Gebieten. Hintergrund ist die gewachsene soziale Ungleichheit, die Schwächung des sozialen Zusammenhalts und die Gefahr einer Aufspaltung der Stadt in gut situierte und abgehangene Gebiete. Die Verbesserung der Infrastruktur und der öffentlichen Räume sowie Modernisierung und Neubau von Wohnungen sind wichtige Bausteine im Aufwertungsprozess, eine konsequente Beteiligung der Bewohner und Bewohnerinnen gehört immer dazu. Gemeinwesenarbeit wird zu Quartiersmanagement und fester Bestandteil des Programms. Über die Koordinierung der Planungs- und Beteiligungsprozesse hinaus werden Beziehungen zwischen den Menschen gestärkt und Strukturen für Mitwirkung und Zusammenarbeit aufgebaut, die über die Laufzeit der Maßnahme hinaus das Stadtleben fördern.

Der Deindustrialisierung und Entvölkerung von Teilen Ostdeutschlands versucht man mit vielfältigen Initiativen entgegenzuwirken. Die Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungprozessen in Deutschland ist ungewohnt und erschwert die Verständigung über die Prioritäten von Politik und Stadtentwicklung. Mit den Programmen Stadtumbau Ost (2002) sowie West (2004) werden hervorragende Projekte ermöglicht, um neue Konzepte für die veränderten Rahmenbedingungen aufgrund demografischer und ökonomischer Umbrüche zu verwirklichen.

2006 wird die UN-Konvention zum Behindertenrecht verabschiedet. Die Bemühungen um Barrierefreiheit und umfassendere Konzepte für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen werden dadurch gestärkt. Trotz Selbstverpflichtung des Staats, Modifikation der Bauordnungen, Anpassungen im Bestand ist Barrierefreiheit bis heute nicht flächendeckend realisiert.

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 bleibt als deutsches Sommermärchen im Gedächtnis – das gastliche und begeisterte Publikum und die fröhliche Stimmung auf den Rängen und vor den Grobleinwänden verbessert das Selbstbild von uns Deutschen und auch das Image im Ausland.

Wer heute aufwächst, gehört zu den digital natives. Das Internet, Handy, Smartphone sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Im beschleunigten technologischen Wandel wird man die Gegenwart, mag sie noch so science-fiction-haft sein, bald hinter sich gelassen haben. Verstörend ist, dass man sich dennoch kaum vorstellen kann, wie man in zehn Jahren mit den heute noch unbekanntem Technologien umgehen wird, die dann selbstverständlich sein werden (nach Annie Ernaux). Alles soll smart werden. Die technisch optimierte Stadt, in der alles mit allem vernetzt ist, ist ein geläufiges Zukunftsszenario, das auch düstere Ahnungen von einem undurchsichtigen System der Überwachung aufkommen lässt. Auf extreme Ereignisse will man vorbereitet sein, Resilienz ist auch zum Kriterium für eine robuste funktionsfähige Stadt geworden.

2007 wird von den EU-Ministern die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt verabschiedet. Mischung der Funktionen, Demokratie vor Ort, Integration benachteiligter Stadtteile, Baukultur, Kooperation der Akteure in der Region sind die Leitlinien.

Und nicht zuletzt: In diesem Jahrzehnt gibt es viel Innovation, Experimente und Anstrengungen, um Energien im Gebäude effizienter zu nutzen. Null-Energie-Häuser, in denen sich Gewinnung und Verbrauch von Energie die Waage halten, führen vor, wie ein ambitioniertes Vorgehen klimaneutrales Wohnen ermöglicht. Über die Jahre hinweg werden die gesetzlichen Anforderungen an Wärmeschutz und Haustechnik verschärft. 2002 tritt die Energieeinsparverordnung in ihrer ersten Fassung in Kraft. Die Standards werden mehrfach schrittweise angehoben, derzeit gibt es die Fassung von 2014 mit Änderungen von 2016 und ein neues Gebäudeenergiegesetz wird schon vorbereitet.

2009 – 2019

Erschütterungen – Ernüchterungen – neue Auseinandersetzungen

Einst so stabil scheinende Bündnisse werden brüchig. Überraschende Wahlergebnisse stellen die Welt auf den Kopf. In den USA wird 2016 Donald Trump zum Präsidenten gewählt. Regiert wird jetzt auch über Nachrichten an die Weltöffentlichkeit auf Twitter. Großbritannien entscheidet sich im gleichen Jahr für den Brexit.

Der arabische Frühling verändert ab 2010 Nordafrika und den Nahen Osten. In Syrien wütet seit 2011 ein Bürgerkrieg. 2015 bringt sich eine große Zahl von Flüchtlingen in Deutschland in Sicherheit. Ihre Ankunft spaltet die Bevölkerung in Aufnahmewillige und Gegner.

Die Meinungen, was der Fall ist, gehen immer weiter auseinander. Verschiedene gefühlte Wahrheiten geraten miteinander in Konflikt. Postfaktizität charakterisiert die Debatte. Populisten versprechen einfache Lösungen für komplexe Problemlagen. Befürchtet wird, dass faschistische Tendenzen weiter um sich greifen, wenn die Auseinandersetzung mit realen Gegebenheiten zunehmend durch den Glauben an die Aussagen eines Anführers ersetzt wird und Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken gemacht werden.

Wie robust ist die Demokratie in Deutschland? Bei dem türkischen Referendum 2017 und den Präsidentschaftswahlen 2018 stimmen die türkischen Wahlberechtigten in Deutschland mehrheitlich für Erdogan und verhelfen ihm damit zu großen Befugnissen, die im Widerspruch zu demokratischen Strukturen stehen. 2018 lässt sich der in Deutschland sehr beliebte Fußballspieler Mesut Özil mit Recep Tayyip Erdogan fotografieren. In der deutschen Öffentlichkeit ist die Enttäuschung groß, dass viele oftmals bereits seit langem in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft so wenig Verständnis für die Demokratie haben. Der Erfolg der Integration von aus dem Ausland zugewanderten Menschen wird zunehmend skeptischer beurteilt.

Die Tonlage in der politischen Auseinandersetzung ist schärfer geworden, seitdem mit der AfD eine rechtspopulistische Partei in Parlamenten sitzt. Den langetablierten Parteien und Institutionen wird weniger Vertrauen entgegengebracht. Bürger protestieren aus ganz unterschiedlichen Gründen. In Stuttgart gibt es ab 2009 eine breite Bewegung gegen den neuen Bahnhof, das Stuttgart21-Konzept, das Gerhard Heimerl 1988 vorgestellt hat. 2010 wird Wutbürger zum Wort des Jahres. Wütend sind auch die Demonstranten von Pegida, die seit 2014 in Dresden gegen die globalisierte, auch durch Zuwanderung geprägte Gesellschaft mobil machen, die sie der Politik anlasten. Ihre fremdenfeindliche Haltung lässt Gegendemonstranten auf die Straße gehen. Auch andernorts versammeln sich bei parallelen Veranstaltungen auf der einen Seite die, die sich für eine offene Gesellschaft und ein tolerantes Miteinander stark machen, auf der anderen Seite die, die Zuwanderung ablehnen. Der Klimawandel wird zunehmend als Bedrohung erlebt und Schüler gehen 2019 bundesweit auf die Straße für mehr Klimaschutz. Samstags kommen am Stuttgarter Neckartor die Gegner der Dieselfahrverbote zusammen. Im Bürgerprotest werden auch partikulare Interessen sehr wirksam artikuliert. Wenn Mehrheiten den Status Quo progressiveren Lösungen vorziehen, führen Beteiligungsver-

fahren zu für die Allgemeinheit unbefriedigenden Lösungen. Trotz des angespannten Wohnungsmarkts votiert man 2014 in Berlin gegen eine Bebauung des Tempelhofer Felds. In Freiburg hingegen kann nach einem Bürgerentscheid 2019 ein neuer Stadtteil für 15.000 Bewohner entwickelt werden.

Der Tourismus boomt, Jahr für Jahr wachsen die Übernachtungszahlen. Für Gäste attraktiv zu sein, ist ein bedeutsamer Standortfaktor. Auch die örtliche Bevölkerung schätzt die Erlebnisqualitäten ihrer Stadt. Der massenhafte Zustrom von Besuchern und die teilweise sehr laute Eventkultur geraten in Konflikt mit den Bedürfnissen der Einheimischen. Andreas Reckwitz beschreibt die Bemühungen um Besonderheiten der globalisierten und urbanisierten Spätmoderne: An die Stelle der austauschbaren Räume der Moderne sollen wiedererkennbare einzelne Orte mit je eigener Atmosphäre treten, an die sich spezifische Erzählungen und Erinnerungen heften. Städte bemühen sich, auch im Namen der sogenannten cultural regeneration, eine lokale Eigenlogik zu entwickeln, die Lebensqualität und Alleinstellungsmerkmale verspricht. Man diskutiert wieder sehr intensiv über Heimat, Zugehörigkeit und Identifikation.

Auf internationaler Ebene werden Ziele formuliert. Im Pariser Klimaschutzabkommen verpflichten sich 2015 die Staaten zu Maßnahmen, um die Erderwärmung auf 2, besser 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Der Klimaschutzbericht 2018 zeigt, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bislang nicht erreicht. 2019 wird ein Klimakabinett gebildet, das den Bemühungen mehr Nachdruck verleihen soll. Das Sustainable Development Goal Nummer 11 von 2015 lautet: "Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen."

In den Städten werden mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten – den ISEK's – die Ziele, Prioritäten und Schlüsselprojekte der Stadtentwicklung allseits diskutiert und entschieden – oftmals mit intensiver Bürgerbeteiligung in ansprechenden Formaten. Planung ist damit niederschwelliger und bürgernäher geworden als es früher die Bauleitplanung war.

Auf der anderen Seite ernüchert die Langsamkeit der Entscheidungen und Realisierungen auf dem Weg zur Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit bei den Zukunftsentwicklungen – vor allem bei den übergeordneten Aufgaben, aber auch im Einzelnen vor Ort. Von vorbildhaftem Voranschreiten und Weltspitze – wie vielfach erwartet – kann kaum die Rede sein. Beim Bau von Windkraftanlagen gibt es fast einen Stillstand, die für den Ausbau erneuerbarer Energien notwendigen Stromleitungen von Nord nach Süd entstehen nur langsam, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes ist nach wie vor unzureichend. Klimaverträglichere Mobilität entwickelt sich schleppend: Engpässe beim Verkehrsangebot der Bahn fördern nicht den gewünschten Umstieg auf den öffentlichen Verkehr. Die Bahnstrecken über die Alpen sind auf deutscher Seite nicht ausgebaut. Der Regionalverkehr bietet der zunehmenden Zahl der Pendler kaum Alternativen. Projekte zur Verkehrsberuhigung, schon geringfügige Verringerungen des Parkierungsangebots werden meist nur sehr zaghafte durchgesetzt.

Dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist und welche zerstörerischen Aus-

wirkungen er haben wird, wird immerhin kaum noch von ernst zu nehmenden Quellen bestritten. Gewohnheiten haben ein großes Beharrungsvermögen. Es muss selbstverständlicher und einfacher werden, sich für klimafreundlichere Verhaltensalternativen zu entscheiden.

Das knappe Wohnungsangebot in den großen Städten und die krassen Preissteigerungen für Miete und Eigentum gefährden den sozialen Frieden. Zu der aktuellen Wohnungskrise in den großen Städten haben Fehleinschätzungen der Bedarfsentwicklung und der Rolle der Wohnungspolitik als Teil der Daseinsvorsorge beigetragen. "Während in den Ballungszentren ein regelrechter Kampf um Wohnraum tobt, wird in vielen strukturschwachen Landkreisen und Städten zu viel gebaut". Am schlechtesten schneiden von den großen Städten Köln und Stuttgart ab, wo nur halb so viel Wohnungen gebaut werden als benötigt (Institut der Deutschen Wirtschaft 2019).

Galt im 19. Jh. noch "wer es sich leisten kann, zieht in die Vorstadt" und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts "... ins Umland und ins eigene Haus im Grünen", so heißt es nun "wer es sich leisten kann, darf in die Stadt kommen". Wer kommt, findet ein differenziertes hochpreisiges Wohnangebot vor, das von vielen nicht mehr bezahlbar ist. Das Nachsehen haben Haushalte mit kleinem bis mittlerem Einkommen, die in die problematischen Lagen oder ins Umland verdrängt werden. Gentrifiziert sind mittlerweile nicht nur bestimmte Quartiere, sondern das Lebensmodell Stadt im Gesamten.

Der großen Nachfrage nach Wohnungen in den Metropolen stehen sich entleerende ländliche und strukturschwache Räume gegenüber. Die dort verbliebenen Menschen sind ins Hintertreffen geraten. Sie, aber auch viele Wohnquartiere und Stadtteile in den Städten, verlieren ihre Mitte, weil Handel, Kirche, Gaststätte, Kindergarten, Grundschule und andere Treffpunkte verschwinden. In Zeiten zunehmender Individualisierung, in denen das Thema Einsamkeit es in den Koalitionsvertrag geschafft hat, sind sie für den Zusammenhalt der Gesellschaft lebensnotwendig.

Wie geht es weiter? Gut Ding braucht Weil – das ist bei komplexen Aufgaben und mit immer kleinteiliger strukturierten demokratischen Mehrheiten nun mal so. Oder wie wäre doch mehr Dynamik möglich? Dran bleiben ist das Motto unseres Talks im Theater Rampe zum Fest 50 Jahre Weeber+Partner. Wenn es gute Antworten gibt, werden wir einen Nachtrag machen.